

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Grün-Schwarz fährt Bildungsreform an die Wand

Gemeinschaftsschulen, Ganztagesunterricht und Inklusion gefährdet

Kürzlich wurden in der Gemeinschaftsschule Ergenzingen (GiG) die neue Mensa und die Fachräume für Naturwissenschaften eingeweiht. Die Baukosten von rund 2,5 Millionen Euro haben sich gelohnt: Lernende, Lehrer und Eltern sind begeistert. Den SchülerInnen war es bei ihren musikalischen Auftritten und dem anschließenden Rundgang anzumerken.

Länger gemeinsam lernen ohne willkürliche Auslese nach der vierten Klasse stärkt das Selbstwertgefühl und die Motivation am gemeinsamen Lernen. Dafür ist das Geld gut angelegt.

Aber für die Kernstadt hat die CDU bisher eine Gemeinschaftsschule verhindert, so dass aus Kiebingen und der Kernstadt Kinder täglich nach Ergenzingen oder Tübingen fahren. Zuerst spielte die CDU die Realschulen gegen die neuen Gemeinschaftsschulen aus. Dann wurde eine äußerst fragwürdige Unterschriftensammlung organisiert, um den Mehrheitsbeschluss von Eltern und Lehrerschaft für eine Gemeinschaftsschule am Hohenberg zu Fall zu bringen – der erfolgreiche Schulver-

bund von Grund- und weiterführender Schule wurde zerschlagen. So hat die Kernstadt bis heute zwei (Werk-) Realschulen und zwei städtische Gymnasien, aber keine Gemeinschaftsschule.



Auf Kreisebene wird jetzt von der CDU versucht, die beruflichen Gymnasien gegen den Ausbau der drei Gemeinschaftsschulen mit einer Oberstufe (Sekundarstufe 2) in Tübingen auszuspielen.

Die gymnasiale Oberstufe ist notwendig und vorteilhaft, damit Lernenden

alle Abschlüsse offenstehen und stärker vom sozialen Lernen profitieren, indem sich die SchülerInnen mit ihren individuellen Stärken und Schwächen gegenseitig stützen und motivieren. Dies widerspricht der Leistungsidee der CDU, die auf Auslese und reiner Wissensvermittlung beruht und den sozialen Charakter von Lernen leugnet. Der Schavanismus, zurückgehend auf Annette Schavan, von 1995 bis 2005 Ministerin für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg, mit seinem 8-jährigen Turbo-Gymnasium war der Gipfel dieser Ideologie. Sie ist inzwischen gescheitert und bundesweit ein Auslaufmodell.

Wenig hatte die alte, grün-rote Landesregierung unternommen, um Eltern und Lehrerschaft von einer umfassenden Bildungsreform zu überzeugen. Still-schweigend akzeptierte sie das „Zwei-Säulen-Modell“ der CDU.

Für die Grundschulen empfanden viele Eltern den Ganztagsunterricht nicht als Chance für ihre Kinder, sondern als Zwang – Baden-Württemberg ist bundesweites Schlusslicht auf diesem Gebiet. >>>

Lesen Sie weiter:

S 21 - Schallende Ohrfeige vom Bundesrechnungshof Seite 3

Stellungnahme zum Integrationsbeirat Seite 4

Das Recht auf Wasser muss ein Menschenrecht werden Seite 5

Nahles (SPD) manipuliert Hartz IV-Berechnung Seite 6

Rechtsvereinfachung in der Grundsicherung? Seite 7

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Die Inklusion behinderter Kinder wurde halbherzig und ohne ausreichend pädagogisches Personal, also wieder auf dem Rücken der Lehrerschaft, eingeführt.

Schleichende Beseitigung der Bildungsreform

Jetzt geht die neue Grün-Schwarze Landesregierung daran, die Bildungsreform schleichend zu liquidieren. Als erstes beseitigt Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) sein Versprechen, den Lehrkräften an Haupt- und Werkrealschulen die Qualifizierung und bessere Besoldung nach A13 zu erlauben. Lächerliche 430.000 Euro für 10.000 Hauptschullehrer wären dafür nötig.

Als zweites beseitigt Kultusministerin Eisenmann (CDU) die Stärkung der Grundschulen mit zusätzlichen Stunden für Rechnen und Deutsch. Die bundesweite Vergleichsstudie VERA hatte gerade schwere Mängel zu Tage gefördert und „die Mär vom alles überragenden baden-württembergischen Bildungssystem“ (Südwestpresse) zu Grabe getragen.

Hinterhältig ist Eisenmanns Angriff auf die 292 Gemeinschaftsschulen (GMS) im Land. Da nur 10 GMS von ihnen die strengen Kriterien Eisenmanns erfüllen, soll eine gymnasiale Oberstufe an ihnen die „absolute Ausnahme“ sein. Stattdessen will sie die Realschulen zur tragenden Säule der Sekundarstufe 1 machen. Wie bitte?

Die GMS waren als schulübergreifendes Modell für die Sekundarstufe 1 (Klasse 5-10) eingeführt worden. Sie sollen alle Lernenden aus Haupt-, Werkreal-, Realschule und Gymnasium aufnehmen und entweder in die Berufsausbildung oder in die gymnasiale Oberstufe (Sekundarstufe 2) führen. **Eisenmann kehrt dieses Konzept ins Gegenteil um!**

Zuletzt „entdeckte“ sie, dass 500 Lehrerstellen für Ganztagsunterricht und Inklusion fehlen. Dabei geht es ihr laut Stuttgarter Zeitung um eine „politische Finte“, um die ungeliebten Gemeinschaftsschulen anzugreifen: Dort sollen mehr Schüler in eine Klasse gezwängt werden, um so Stellen zu „gewinnen“.

Im Klartext: Gemeinschaftsschulen – Ganztagsunterricht – Integration und Inklusion – alles steht auf dem Spiel!

DIE LINKE wird sich zusammen mit der Lehrgewerkschaft GEW sowohl in den Gemeinden und Städten wie auch auf Landesebene konsequent gegen Stellenstreichungen und Mittelkürzungen im Bildungsbereich einsetzen. Die Bildungsreform mit der Gemeinschaftsschule als Kern muss fortgesetzt werden:

Statt einer teuren „Digitalisierung“ des Unterrichts brauchen wir Geld für eine umfassende Sanierung unserer städtischen Schulen und eine Gemeinschaftsschule in der Kernstadt.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg



Bessere Bezahlung für Integrationslehrer(innen)

Ab 1. Juli 2016 wurden die Mindesthonorare der LehrerInnen für Integrationskurse auf 35 Euro brutto angehoben – nach über zehn Jahren Protest und Unfähigkeit von de Maizière. 2005 wurden die Integrationskurse zur Sprachvermittlung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eingerichtet. In Rottenburg ist die Trägereinrichtung die Volkshochschule (VHS). Mehrmals hatte DIE LINKE Rottenburg in Haushaltsanträgen eine Erhöhung der Bezahlung gefordert.

Das BAMF stellt hohe Anforderungen an die Qualifikation der LehrerInnen (u.a. Hochschulstudium, aufwändige Zusatzqualifizierungen) und die Kurse werden auf hohem Niveau und mit großem Engagement durchgeführt. Im Gegensatz dazu waren Verdienst und soziale Situation der Sprachlehrerinnen niederschmetternd. Mit 20 Euro Honorar brutto für die gehal-

tene Stunde war bei 20 Unterrichtsstunden pro Woche ein angemessener Lebensunterhalt kaum zu bestreiten. Sozialleistungen gibt es keine! Bei Krankheit und Urlaub ist die Bezahlung gleich Null, dafür haben sie viele Stunden Vorbereitung, Testkorrekturen und Besprechungen zusätzlich zu leisten, die alle in den 20 Euro enthalten sind.

Für die Kursteilnehmer sind die Lehrkräfte oft die ersten und einzigen AnsprechpartnerInnen, die zwischen ihnen und unserer Gesellschaft vermitteln und Vertrauen schaffen.

Bei 35 Euro brutto bleiben den Lehrkräften mit Uni-Abschluss nach Abzug von 100 Prozent der Sozialabgaben – denn sie sind so genannte „freie Honorarkräfte“ (also Scheinselbstständige!) - ganze 2.400 Euro zum Leben.

Deshalb fordert die GEW eine Festanstellung und Bezahlung nach Entgeltgruppe 11 des TVÖD. DIE LINKE unterstützt diese berechtigten Forderungen auch weiterhin.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat



Stuttgart 21

Schallende Ohrfeige vom Bundesrechnungshof

Jetzt ist es amtlich! Schon lange ist durchgesickert, dass der Bundesrechnungshof (BRH) intern von Gesamtkosten in Höhe von 10 Milliarden Euro für S21 ausgeht, rund drei Milliarden mehr als bisher veranschlagt.

Nun wurde dem SWR ein „streng vertraulicher Prüfbericht“ des BRH zugespielt, welcher diese Kosten bestätigte. Selbst Ministerpräsident Kretschmann wollte von diesem Prüfbericht nichts wissen, aber sein Verkehrsminister Hermann hielt die Kosten immerhin für „beunruhigend“.

Kurz darauf fand die S21-Grundsteinlegung (eher Grabsteinlegung) mit Noch-Bahnchef Grube statt, welcher das finanziell und technisch gescheiterte Milliardengrab Stuttgart 21 als „großes Geschenk für Stuttgart“ bezeichnete. Als er während der Feierlichkeiten auf die Kostenrechnung des BRH angesprochen wurde, hat es ihn offenbar kalt erwischt, er tobte regelrecht und beharrte auf der bisherigen Kostenobergrenze von 6,7 Milliarden.

Laut BRH entstünden die höheren Kosten insbesondere durch falsche Bewertung der Baurisiken, Terminrisiken und Umplanungen. Darüber hinaus beanstandete der BRH u. a. die Förderung eines unwirtschaftlichen Projekts. Auch habe der BRH Zweifel, ob S21 bis Ende 2021 fertig gestellt werden könne und geht deshalb vom Jahr 2023 aus. Besonders beschäftigt den BRH die Haftungsfrage, nachdem das Projekt trotz mehrfacher Verteuerung weitergeführt wird und demnach als unwirtschaftlich gilt.

Das Aktionsbündnis gegen S21 sieht sich durch den BRH bestätigt; der von ihm beauftragte neutrale Gutachter Viereggs & Rössler kam schon seit langem zu ähnlichen Ergebnissen. Der Bahn-Aufsichtsrat jedoch beauftragte bereits nach erstem Bekanntwerden der Horrorzahlen seinerseits die KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG, ein ihm genehmes Gefälligkeitsgutach-

ten zu erstellen, das Auskunft über die Kosten- und Terminrisiken geben sollte. Als Grundlage dienten allerdings nur ungeprüfte Daten, die die Bahn zu Verfügung gestellt hatte.

Dieses KPMG-Gutachten liegt nun (unveröffentlicht) vor und kommt zu dem Schluss, dass die Kosten im bisher veranschlagten Rahmen von etwa 6,7 Milliarden Euro liegen, der Fertigstellungstermin sich jedoch um weitere



drei Jahre bis Ende 2024 verschiebt. Obwohl die Bauarbeiten bereits zwei Jahre im Rückstand sind, geht die Bahn weiterhin von 2021 aus und will den Zeitverlust durch Mehrarbeit aufholen. Nun trat der Bahn-Aufsichtsrat am 13. Oktober zu einer „vertraulichen“ Sondersitzung zusammen. Ausgerechnet der wegen Unfähigkeit geschasste Technik-Vorstand Volker Kefer gab sich optimistisch, dass infolge Einsparungen der Finanzierungsrahmen nicht erweitert werden müsse, die Kosten habe man „voll im Griff“. Die Warnung des BRH, dass damit Einbußen bei der Bauqualität und Kapazität der unterirdischen Bauwerke drohen könnten, seien nicht thematisiert worden.

Die Beratung wesentlicher Punkte wurde allerdings auf die ordentliche Sitzung am 14. Dezember vertagt. Bis dahin sollen die Ergebnisse des KPMG-Gutachtens mit den Feststellungen des BRH verglichen werden, der die Entwicklung von S21 weit kritischer sieht. Dies bedeutet, dass der Aufsichtsrat sich hinter dem KPMG-Gutachten versteckt, weil er Angst vor der Entscheidung eines Baustopps hat, die er immer weiter hinauszögert.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Matthias Gastel nennt dies so: Man vertage sich, denn dem Aufsichtsrat gehe es weniger um Kosten als um die eigene Rechtsposition. Es solle sicher-

gestellt werden, dass man sich nichts zu Schulden kommen lässt, das zunehmend unwirtschaftlich werdende Projekt S21 weiter zu betreiben.

Bündnissprecher von Loeper hat Kanzlerin Angela Merkel – auch gestützt auf den BRH – aufgerufen, den Bahnchef in die Pflicht zu nehmen und es nicht zuzulassen, „dass Herr Grube zu strafbarer Untreue der Aufsichtsräte anstiftet“, indem er so tue, als könne kein Umstieg von S21 mehr stattfinden. Der Untreuetatbestand „verbiete jede wesentliche Schädigung der Bahn, wie ihn der Weiterbau von S21 darstelle. Und wer sogar, wie Grube, eine Schädigung der staatseigenen Bahn von rund sechs Milliarden Euro wissentlich in Kauf nimmt, riskiert damit mehrjährige Gefängnisstrafen und sollte dringend abberufen werden“.

Das Aktionsbündnis gegen S21 weist aus diesem Anlass auf nicht überschreitbare Grenzen des Rechtsstaats hin. Zugleich setzt es sich mit dem Konzept „Umstieg 21“ dafür ein, dass die Deutsche Bahn und ihre Projektpartner Verhandlungen über alternative Lösungen aufnehmen. Dies hatte selbst das Bundesverkehrsministerium im Februar 2013 für richtig gehalten, bevor es – entgegen der jetzt bekannten Kritik des BRH – damals namentlich von Ex-Kanzleramtschef Ronald Pofalla – „auf Linie“ gebracht wurde.

Angesichts der bisher verhärteten Positionen hält das Aktionsbündnis gegen S21 das Ergebnis der Aufsichtsrats-Sondersitzung für einen wichtigen Teilerfolg. Offensichtlich hat das KPMG-Gutachten nicht vollends oder nicht alle Aufsichtsratsmitglieder überzeugen können. Darüber hinaus eröffne die erneut verschobene Beschlussfassung über die Zukunft von S21 die Möglichkeit einer transparenten Diskussion.

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Stellungnahme **DIE LINKE** zum Integrationsbeirat im Gemeinderat am 18.10.2016

Wir freuen uns, dass in einer Zeit, in der Rassismus und Rechtsextremismus immer offener ihr hässliches Gesicht zeigen und auch in Rottenburg Nazi-Schmierereien zunehmen, wir heute mit dem Integrationsbeirat gemeinsam ein deutliches Zeichen setzen für ein friedliches, soziales Miteinander in unserer Stadt.

Baden-Württemberg ist schon immer ein Einwanderungsland gewesen und hat von der Arbeit vieler Migrantinnen und Migranten profitiert. Ohne sie hätten wir nicht unseren heutigen Lebensstandard.

Wir freuen uns, dass unser Eintreten für einen Integrationsbeirat anstelle eines Ausländerbeirats heute ein festes Gerüst bekommt. 2014 hatte die Ungarin Szuszanna Kiss-Rabata zusammen mit anderen Migrantinnen und Migranten mit ihrem Vorschlag

„Allen ausländischen Mitbürgern eine Stimme geben“

dazu einen wichtigen Anstoß gegeben. Auf dem fünften Integrationsforum 2014 hatten sich 20 Migranten und Migrantinnen bereit erklärt, sich in einem Integrationsbeirat zu engagieren. Dieser Prozess findet jetzt seine Bestätigung.

Integration ist ein wechselseitiges Nehmen und Geben, ein Prozess, der auf gegenseitigem Respekt vor dem Anderen und auf dem Wunsch eines partnerschaftlichen Zusammenlebens zum Wohle aller beruht.

Integration meint nicht die Unterwerfung von Neubürgern unter eine einseitig erklärte Leitkultur, sondern die Offenheit aller, eigene Verhaltens- und Denkweisen zu überdenken und in einem demokratischen Prozess gemeinsam zu einem neuen Konsens zu kommen.

Wir brauchen überall mehr Herz und Verstand anstelle von Hetze, nicht nur in Dresden. Nur so kann sich eine weltoffene Zukunft für unsere Gesellschaft anstelle von Stillstand, Rückkehr zu Nationalismen und Kriegen entwickeln. Deshalb sehen wir in einem Integrationsbeirat auch nur einen ersten Schritt, damit alle Menschen, die bei uns leben, arbeiten und Steuern zahlen, auch bei Landtags- und Bundestagswahlen die gleichen Rechte erhalten müssen.

Damit fangen wir auf kommunaler Ebene an und wünschen dem Integrationsbeirat viel Erfolg!

Dr. Emanuel Peter (**DIE LINKE**)

Geburtenzahlen steigen landesweit - nur nicht in Rottenburg

Seit vier Jahren steigt bundes- und landesweit wieder die Zahl der Geburten. In Baden Württemberg wurden im vergangenen Jahr rund 100 300 Kinder lebend geboren und damit ca. 4 600 mehr als 2014. Die durchschnittliche Zahl der Kinder pro Frau ist mit 1,51 Geburten so hoch, wie sie seit 1974 nicht mehr war.

Das hat große Auswirkungen für die Planung von Kita-Plätzen und für Schulen. Der Bundesgerichtshof gab drei Müttern Recht, dass sie Anspruch auf Entschädigung für entgangenen Lohn haben, wenn die Gemeinde Fehler bei der Berechnung der Kita-Plätze gemacht hat, denn seit ein paar Jahren haben auch Kinder unter drei Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, damit es endlich eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt.

Aktuell fehlen in **Stuttgart** 3.200 Plätze für Unterdreijährige. Die Stadt muss

drastisch ausbauen. In **Tübingen** fehlen im laufenden Kita-Jahr schon 117 Plätze, nach Berechnungen fehlen 2018/19 171 Plätze für Unterdreijährige und 215 Plätze für Überdreijährige. Deshalb will die Stadt fast 400 neue Plätze schaffen und 65 Erzieherinnen neu einstellen. Auch **Hirrlingen** plant neu.

Nur Rottenburg scheint eine Insel ohne Veränderung zu sein. Merkwürdig!

Als Dr. Peter (**DIE LINKE**) im Gemeinderat fragte, wie sich die steigende Zahl der Geburten in Rottenburg abzeichnet und welche Maßnahmen die Stadt ergreift, um einem möglichen Fehlbedarf rechtzeitig vorzubeugen, erhielt er die Antwort, das sei kein Thema für unsere Stadt.

Kulturamtsleiter Geppert gab die Geburtenzahl in den letzten Jahren mit rund 404 - 409 Geburten pro Jahr an. Da scheint er sich gehörig vertan zu haben. Denn dies stimmt nicht mit den Angaben des Statistischen Landesamtes für Rottenburg überein: 2012 betrug die Zahl der Lebendgeburten 328 Kinder, 2014 waren es bereits 362 und ein Jahr später 412 Kinder.

Höchste Zeit, dem Gemeinderat eine fundierte Planung für Kitas und Schulen vorzulegen!



Foto: N.Kern



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat

Kreisrat

„**DIE LINKE**“

Wasser kommt doch aus dem Wasserhahn

Vom leichtfertigen Umgang mit dem Gut Wasser

linksjugend
[solid] 

Wasser - ein Thema worüber sich die meisten von uns wohl eher weniger Gedanken machen. Immerhin brauchen wir bloß ein paar Schritte zum nächst Wasserhahn zu machen, und schon steht uns die wichtigste aller Ressourcen unbegrenzt zur Verfügung. Doch da scheint sich wohl wieder der Schleier der Unwissenheit über unsere westlichen Augen gelegt zu haben, da wir, nicht nur was Wasser angeht, im Überfluss leben.

Das Dilemma des Wassers streckt seine Arme weit in alle erdenklichen Bereiche aus: von landwirtschaftlichen Produkten, wie Gemüse und Obst, welche in unseren Supermärkten tonnenweise zu Wegwerfprodukten werden oder Baumwolle, die zu Billigtextilien verarbeitet wird, welche sich dann auf den Böden von H&M-Umkleiden um den staubigsten Platz streiten, über die in Massentierhaltung gequälten und mit Soja gemästeten Tiere, welche als Lebensmittel auf unseren Tellern landen, hin zu Fertigprodukten und Pflegeartikeln, welche Palmöl enthalten und auf den ersten Blick gar nichts mit Wasser zu tun haben.

Die meisten Dinge, die uns im Alltag begegnen, haben weit mehr mit der Problematik zu tun, als wir zu wissen glauben.

Fangen wir bei der Landwirtschaft an. Circa 70 Prozent des global verfügbaren Trinkwassers wird von ihr verbraucht.

Global gesehen geht Wasser durch den Kreislauf von Verdunstung und Niederschlag zwar nicht verloren, problematisch wird es jedoch, wenn beide Prozesse nicht in der selben Region auftreten. Wenn Verdunstung und Niederschläge räumlich getrennt sind, z.B. in trockenen, heißen Gebieten Afrikas, wird das sowieso schon knappe Wasser, welches bei der Herstellung verbraucht wurde virtuell exportiert.

Besonder stark vom "Wasserraub" durch Export von besonders wasserintensiven Gütern betroffen, sind Gebiete mit sowieso schon großer Wasserknappheit, wie z.B. tropische und sub-

tropische Gebiete in Afrika, Lateinamerika und Asien. Durch ihr Klima sind diese Gebiete sehr attraktiv für die landwirtschaftliche Nutzung, denn viele Lebensmittel und auch Baumwolle können nur hier angebaut werden. Da die lokalen Niederschläge nicht reichen, um den immensen Wasserbedarf zu decken, werden die gigantischen Großfarmen und Plantagen mit Grundwasser, Wasser aus Seen oder auch Flüssen bewässert.

Die riesigen Konzerne rauben den sowieso schon ärmlichen Ländern jede Chance zur Selbstversorgung.

Der Grundwasserspiegel sinkt, Seen versalzen, Flüsse trocknen aus. Nicht nur ganze Ökosysteme sondern auch Lebensräume werden langfristig



zerstört

Zusätzlich kommt das Abholzen von Wäldern zur Gewinnung von Weide- und Anbauflächen hinzu. Durch eine unangepasste Bewirtschaftungsweise verlieren Wald und Boden ihre Fähigkeit, Wasser zu speichern. Kapitalstarke Agrarkonzerne interessiert das kaum; sie bohren einfach nach tieferen fossilen Grundwasserschichten.

Die Bevölkerung der Regionen ist der Erschöpfung ihrer lebenswichtigen Wasserressourcen schutzlos ausgeliefert.

Südlich des Amazonas gibt es in Brasilien eine Regenwaldregion, bei der auf einer Fläche, sechs mal so groß wie Deutschland, Sojabohnen angebaut und intensiv bewässert werden. Für die Ausweitung der Soja-Anbaufläche werden Jahr für Jahr 1,4 Millionen Hektar Regenwald abgeholzt, mit verheerenden Auswirkungen sowohl auf das regionale Klima, die Grundwasserspeicher und die Böden.

Allein für die nach Deutschland exportierten Anteile an Sojabohnen werden jährlich circa zwei Billionen Liter Wasser verbraucht.

Soja wird hierbei hauptsächlich als

billiges Eiweiß-Futtermittel in der Fleischindustrie verwendet.

Durch die ökologische Katastrophe in Brasilien hat Deutschland es geschafft, zu einem der europaweit größten Exporteure von Fleisch mit einem Exportwachstum von fast 250 Prozent allein in den letzten zehn Jahren zu werden. Wirtschaftswachstum wird begrüßt, die Umwelt dabei jedoch rücksichtslos ausgenutzt.

Die enorme Massentierhaltung, die damit verbunden ist, ist dabei an sich schon verwerflich genug, was jedoch hinzukommt, ist die enorme Nitratbelastung unseres Trinkwassers durch die Mengen an Gülle, die entstehen.

Dieses neu entstandene Problem kostet durch die ständige Wasseraufbereitung weiteres Geld und Zeit, dabei könnte dies verhindert werden.

Die Stadtwerke München und Leipzig z.B. bieten Landwirt/innen finanzielle Unterstützung, um im Einzugsgebiet ihrer Wasserversorgung Felder umweltschonend zu bewirtschaften. Dadurch reduzieren sich die Kosten für die technische Aufbereitung des Wassers auf ein Siebtel.

Wir sollten unser Bewusstsein dafür schärfen, was wir konsumieren, und uns bewusst werden, unter welchen Bedingungen Lebensmittel und andere Produkte hergestellt wurden.

Der Zugriff auf Wasser sollte eine Menschenrecht sein.

Es kann nicht sein, dass Konzerne sich das Recht auf Wasser aneignen und Menschen schamlos ausbeuten.

Wir müssen anfangen uns zu informieren, unser Wissen weiterzugeben, aufzuklären, wo es nur geht und Konzerne wie Nestlé und alle Tochterfirmen boykottieren.

Uns als linksjugend[solid] ist dies wichtig. Deshalb planen wir für den Anfang nächsten Jahres eine Veranstaltung zu diesem Thema. Weitere Infos folgen.

Michelle Brunner
Rottenburg

Nahles (SPD) manipuliert Hartz-IV-Berechnung für 2017

Weg mit Armut per Gesetz!

Andrea Nahles (Bundessozialministerin, SPD) ist bundesweit berüchtigt für ihre Verschärfungen bei Sozialgesetzen, ob bei den „Ausnahmen“ beim Mindestlohn, bei der Zwangsverrentung von älteren Beziehern von Hartz-IV oder der „Rechtsvereinfachung“ bei Hartz-IV (siehe Artikel).

Diesem Ruf bleibt sie bei den neuen Regelsätzen für Hartz IV, die ab 1. Januar 2017 gelten, treu – und erntet damit den schärfsten Protest von Wohlfahrtsverbänden wie dem Paritätischen und Caritas seit Jahren. Warum?

Nahles hat die gesetzlich vorgeschriebene Neuberechnung nicht nur seit einem Jahr verschleppt. Sie missachtet vor allem zwei Grundsatzurteile des Bundesverfassungsgerichts (BVG) von 2010 und 2014 und manipuliert die Berechnungsgrundlagen so, dass der Regelsatz 1 für Hartz-IV-Bezieher (Alleinstehende) statt 520 Euro um 111 Euro auf 409 Euro monatlich gekürzt wird! **Die sechs Regelsätze – je drei für Erwachsene und drei für Minderjährige – betreffen nicht nur Hartz-IV-Bezieher, sondern insgesamt 7,6 Mio. Menschen, weil sie Grundlage für Kinder- und Wohngrund sowie Pfändungsgrenzen sind. Grundlage für die Berechnung ist die Einkommens- und Verbrauchstatistik (EVS), die alle fünf Jahre erstellt wird.**

Hier beginnt die Willkür aus dem Haus Nahles. Bis 2011 wurde der Verbrauch

der untersten 20 Prozent der Haushalte untersucht. Jetzt sind es nur noch die untersten 15 Prozent. Da diese noch weniger Einkommen haben und ihre Kaufkraft seit 2008 gesunken ist, sinkt der Regelsatz um 20 Euro monatlich!

Angeblich soll Hartz IV ein Mindestmaß der soziokulturellen Teilhabe in unserer Gesellschaft ermöglichen. Tatsächlich lässt Nahles die aktuellen Regelsätze, so die Kritik vom Paritätischen, auf das „physische Existenzminimum“ zusammenstreichen. So wird der Anteil des Regelsatzes für Beherbergung und Gaststätten (auch Mensa und Kantine) von 4,71 Euro auf 1,61 Euro abgesenkt, weil dies dem Warenkosten für Getränke im Supermarkt entspricht! Als „nicht regelsatzrelevant“ werden Zimmerpflanzen, Futter für Haustiere, Grabschmuck und der Weihnachtsbaum gestrichen – es leben die Werte unserer deutschen Kultur.

Scharfe Kritik üben Paritätischer, Caritas und Tacheles e.V. (eine Selbsthilfeorganisation sozial Benachteiligter und Arbeitsloser) am Anteil für Strom im Regelsatz, weil die realen Stromkosten laut unabhängigen Berechnungen um 27 Prozent höher sind als im Regelsatz und zur Unterdeckung/Verschuldung führen. Für den ÖPNV fordert Tacheles ein vollwertiges Sozialticket. Für Sehhilfen und „Weiße Ware“ (Herd, Kühlschrank) treten alle Verbände für Einmalzahlungen ein.

Katastrophal sind die Berechnungen für die drei Regelsätze für Kinder und Jugendliche, da laut Tacheles der

„wachstumsbedingte Bedarf“, den das BVG fordert, nirgendwo berücksichtigt wurde. Kinder unter 6 Jahren erhalten keinen Cent mehr, von 6 bis 13 Jahren 21 Euro, 14 bis 18-Jährige fünf Euro. Kein Wunder, denn ihre Datenauswertung spottet jeder Beschreibung: Für die Mobilität von Jugendlichen gelten zum Beispiel 12 Personen als Datenbasis. Ersatzlos gestrichen wurde z.B. der Anteil für Schreibwaren und Zeichenmaterial, weil Kinder ab 6 Jahren ein Schulbasispaket erhalten und diese Materialien bekanntlich nach Hause mitnehmen. Wegen solcher realitätsfernen Behauptungen fordern die Verbände eine sofortige eigenständige Erhebung des realen Bedarfs von Kindern und Jugendlichen sowie die vollständige Streichung von Eigenanteilen beim gemeinsamen Schulesen und bei den Schülerfahrtkosten – genau wie dies der Deutsche Bundesrat im März 2016 beschlossen hat.

Dafür wird DIE LINKE im Gemeinderat eintreten und bundesweit für eine sanktionsfreie Grundsicherung sowie eine elternunabhängige Grundsicherung für Kinder fordern. Denn Hartz IV ist Armut per Gesetz und gehört abgeschafft!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat

Kreisrat

Protest wirkt!

Erzieherinnen im Gemeinderat

Die Stadt hat angekündigt, dass die Erzieherinnen ihre belastende Arbeitssituation und nicht leistungsgerechte Bezahlung im November im Gemeinderat selbst vortragen dürfen.

Bekanntlich hatten CDU, Grüne und SPD vor einem Jahr den Antrag der Linken abgewürgt, Erzieherinnen wie in Nachbarkommunen (teilweise seit Jahren) in die Vergütungsgruppe S6 (neu: S8a) einzugruppieren. Sie beauftragten den Arbeitgeber (!) mit dem Prüfauftrag, was das kosten würde und ob

man die Erzieherinnen nicht auch in S5 einstufen dürfe. Dieser Konflikt schwelt bis heute.

Inzwischen hat eine Elterninitiative am Hohenberg über 600 Unterschriften für eine bessere Bezahlung gesammelt. Denn dort gab es in diesem Jahr einen auffälligen Wechsel von Erzieherinnen, der für Kinder unter drei Jahren besonders schädlich ist.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Rechtsvereinfachung in der Grundsicherung ?

Berichterstattung vernebelt und klärt wenig auf

Rechtsvereinfachung in der Grundsicherung für Arbeitssuchende - dieser Satz ist ein Weichspüler der Grammatik. Kein Wunder, er stammt ja auch aus dem Koalitionsvertrag von CDU/SPD vom Dezember 2013. Weiter liest man dort, wer Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung hat, soll schneller und einfacher als bisher zu seinem Recht kommen. Klingt toll, doch immer, wenn etwas so schön klingt, ist Misstrauen angesagt. Und zwar berechtigt, wie wir seit August dieses Jahres wissen.

Was dabei herauskommt, nennt sich das 9. Gesetz zur Änderung des SGBII (Sozialgesetzbuch II). Tatsächlich wurde das SGBII seit 2005 schon über 70 mal geändert. So sieht Rechtsvereinfachung in Deutschland aus.

Ich möchte hier speziell auf das Sanktionssystem der Jobcenter eingehen. Vielleicht haben sie ja auch den Artikel auf Tagesschau.de gelesen (www.tagesschau.de/inland/hartz-131.html).

Bei dem Artikel möchte ich schon gar nicht darauf eingehen, dass es dem Redaktionsteam der Tagesschau offenbar nicht zu billig war, sich Informationen über die Bild Zeitung zu beschaffen, statt sich die Richtlinien der Arbeitsagentur selber zu suchen. Die sind durchaus offen im Internet einsehbar.

Ich sag nur "Journalistische Kompetenz". Wer sich die Datei durchliest, wird ahnen können, wieso die Journalisten bei der Tagesschau nicht selbstständig recherchieren möchten. Wer hat schon Lust sich 75 Seiten fachliche Weisungen, das Bußgeldverfahren im SGBII durchzulesen und vor allem, zu

verstehen. Spätestens hier hätte man als kompetenter Journalist darauf hinweisen müssen, dass dieses Werk alles andere als eine Rechtsvereinfachung ist. Und das ist nur die Weisung für die Bußgelder.

Meiner Meinung nach dient diese Art der Berichterstattung nicht zur Aufklärung der Lebensumstände unter denen Harz IV

Betroffene leben müssen. Dabei reiht der Artikel sich ein in eine traurige Folge oberflächlicher, schlampig recherchierter und einseitiger Berichte.

Bußgeld, Sanktionen und Strafen werden in einen Topf geworfen, so dass der Eindruck entsteht, hier würde es sich um ein Gesetz handeln, welches gebrochen wurde. In Wirklichkeit geht es hier um Ordnungswidrigkeiten. Die können vom Sozialgericht geprüft werden. Wer von solchen Bußgeldern betroffen ist, sollte sich auf jeden Fall rechtlichen Beistand suchen. Es wäre nicht die erste rechtswidrige Anweisung, die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) kommt.

**Nun aber zum eigentlichen Kerngeschäft der Jobcenter:
Strafen und Sanktionen**

Wie schon immer, geht es bei der ganzen Thematik vorrangig darum, die Schuldfrage der Arbeitslosigkeit beim Betroffenen selbst zu finden. Belege hierfür finden sich alleine schon in den kreativen Wortschöpfungen. Jobcenter sollen "sozialwidriges Verhalten" sank-

tionieren. Die Arbeitsagentur will nach einem Bericht offenbar härter gegen Hartz-IV-Empfänger vorgehen, die „ihre Hilfsbedürftigkeit selbst verschuldet haben.“

Da muss man sich erst mal fragen, was bedeutet das? Was zum Beispiel ist

„sozialwidriges Verhalten“? Weder der Duden, noch Wikipedia helfen mir da weiter. Aber, wir

haben ja ein zusammengesetztes Wort:

- sozial -

das (geregelt) Zusammenleben der Menschen in Staat und Gesellschaft betreffend

- widrig -

1. gegen jemanden, etwas gerichtet und sich dadurch äußerst ungünstig, behindernd auswirkend

2. Widerwillen auslösend

Ok, jetzt verstehe ich es auch. Ein Asozialer ist damit gemeint. Jemand von dem sich die Gesellschaft im allgemeinen erst mal distanziert. Da man aber politisch korrekt ist und so was nicht sagt oder gar in Gesetze verpackt, benutzt man "Neusprech". Das Problem mit solchen Formulierungen ist, dass man der Thematik die Sachebene beraubt. Hier wird mit Gefühlen gearbeitet. (Wird fortgesetzt.)



Isabelle Groschke

Wurmlingen

Protest wirkt!

In Rottenburg nehmen inzwischen von 25 städtischen Einrichtungen 21 am EU-Schulfruchtprogramm teil, davon 13 Schulen und acht Kindertagesstätten. 2010 hatte Dr. Peter (**DIE LINKE**) in eine Kita eine Kiste Bio-Äpfel gebracht, die von den Kindern begeistert verzehrt wurden.

Im Gemeinderat hatte er zuvor vergeblich versucht, Gelder dafür zu beantragen. Die Mappus-Landesregierung hatte sich sogar geweigert, Gelder für Schulobst zu genehmigen, wäh-

rend in Nordrhein-Westfalen alle GrundschülerInnen kostenlos Schulobst erhielten.

2014 kam dann die Kehrtwende, Baden-Württemberg erhielt von der EU 2013/14 rund 2,65 Mio. Euro, die anderen 50 Prozent müssen Kommunen oder Sponsoren selbst finanzieren.

In Rottenburg ist dies vor allem der Obstbau Däuble – dafür herzlichen Dank!

Erfolg bei Schulobstprogramm

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Unverhofft kommt oft Von Sprungbrettern und Seilschaften

Sehr geehrter Herr Eumerle,

darüber, dass Sie sich mit Ihrem Karriereanliegen an mich gewandt haben, freue ich mich sehr. Sie werden mit meiner Stellungnahme zu Ihrem Bestrebens nicht sehr zufrieden sein. Aber: Ehrlichkeit ist die Grundlage unserer Arbeit.

Wie Sie mir vertraulich schreiben, möchten Sie sich auf das Amt eines Regierungspräsidenten bewerben. Leider muss ich Ihnen gleich hier mitteilen, dass Ihre Chance auf eine erfolgreiche Bewerbung gleich Null ist. Diese Ämter werden sozusagen freihändig nach Lust und Laune vergeben oder genauer: nach pflichtmäßigem Ermessen und nach sorgfältiger Abwägung. Sollten Sie keine vorzüglichen Verbindungen zu den sogenannten Regierungsparteien haben, ist Ihre Bewerbung bereits von einem Sachbearbeiter abgefangen worden. Sie wird nicht einmal den Papierkorb des Ministerpräsidenten erreichen. Ausnahmen sollen auch hier die Regel bestätigen. Unachtsamkeiten sollen gelegentlich in allen Ämtern vorkommen.

Wie ich Ihrer Vita entnehme, bringen Sie nicht im Entferntesten die Voraussetzungen zur Ausfüllung eines solchen verantwortungsschwangeren Amtes mit. Zwar waren Sie einmal Oberbür-

germeister einer Kleinstadt - jedoch ohne Bischofssitz! - und sind „Kind der Region“, aber Ihnen fehlt der Drang nach Höherem. Schon die Grundlagen fehlen Ihnen. Haben Sie gedient? Haben Sie studiert? Wenn ja, sicherlich nicht Pädagogik. Waren Sie kurzzeitig Landtagsabgeordneter? Waren Sie kurzzeitig in einer Ministerialbürokratie leitend tätig, zumindest so lange, wie die Wähler Ihre Partei goutierten? Wie



sieht es mit Ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement aus? Waren Sie vielleicht mal Sportfunktionär?

Sie sehen: Sie waren nichts oder um nicht allzu hart zu urteilen: Sie waren nicht viel. Von reichen Erfahrungsperspektiven kann also bei Ihnen nicht die Rede sein. Auch glaube ich, dass Sie nicht genug Atem gehabt hätten, jahrelang auf einen Versorgungsposten zu warten.

Einige nur ansatzweise zu Ende geführten Karrierewege fehlen Ihnen. Und nicht einmal ein Netzwerk in einer christliche Partei konnten Sie aufbauen, um sich Legitimation zu verschaffen. Man muss Strippen ziehen und Seilschaften knüpfen können. Kreisvorsitzender und ein Sitz im Kreisrat hätten

schon genügt. Ich höre Sie fragen, ob denn all das Voraussetzungen für die Übernahme ins Regierungspräsidium seien. Kurze Antwort: Ja! Es genügt!

Zum Schluss möchte ich Ihnen etwas Trost spenden. Seien Sie froh, dass Sie nicht Statthalter eines Regierungspräsidiums werden können. Es bleibt Ihnen erspart, einmal ohne Angabe von Gründen auf Gutsherrenart rechtmäßig in den einstweiligen Ruhestand versetzt zu werden, wenn der Landesfürst Ihnen sein Vertrauen entzieht, weil Sie zu sehr Beamter und zu wenig Parteigänger sind. Genießen Sie die Freiheit politisch unabhängig und anständig bleiben zu dürfen. Und lassen Sie sich nicht von Politikverdrossenheit erfassen, auch wenn es Ihnen sehr schwer fällt.

Mit freundlichem Gruß
Nepomuk Köberle

Agentur „Pöschtlbringer“

Anmerkung:
Die Namen wurden aus Datenschutzgründen geändert. Sollte der geschilderte Sachverhalt in irgendwelcher Art eine Ähnlichkeit mit der Wirklichkeit aufweisen, wäre dies rein zufällig.

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 5. November 2016, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 9. November 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 3. Dezember 2016, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 7. Dezember 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Veranstaltungstermine finden Sie auch in der Tagespresse und auf

www.die-linke-rottenburg.de

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**

[facebook.com/solid-rottenburg-a.n.](https://www.facebook.com/solid-rottenburg-a.n.)

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Dezember/Januar-Ausgabe: Montag, 28. November 2016

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen, 72108 Rottenburg

Eichendorffstr. 49

